Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung

BBSR-Berichte KOMPAKT

Mögliche Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf die deutschen Regionen

2 / 2009

Vorbemerkung

Die Auswirkungen der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise auf Wachstum und Beschäftigung in Deutschland werden immer deutlicher. So gehen derzeit fast alle Prognosen für 2009 von einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von etwa 6 % aus. Damit würde die deutsche Volkswirtschaft 2009 einen absoluten Betrag von deutlich mehr als 100 Mrd. € an Wirtschaftskraft einbüßen. Je nach Stärke des Rückgangs variieren die Prognosen über den Anstieg der Arbeitslosenzahlen. In der „pessimistischen Variante“ wird ein Anstieg um bis zu 750 000 Arbeitslose erwartet. Zwischen September 2008 und März 2009 hat sich die Zahl der Arbeitslosen nach SGB III „nur“ um rund 381 000 erhöht. Bei diesen handelt es sich um Personen, die in der jüngsten Vergangenheit aus sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen in die Arbeitslosigkeit entlassen wurden. Die starke Inanspruchnahme des Kurzarbeitergeldes verhinderte allerdings einen höheren Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Während im September 2008 rund 50 000 Personen Kurzarbeitergeld erhielten, betrug die Zahl der Anzeigen zur Kurzarbeit im März 2009 bereits rund 690 000. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass der Anstieg der Kurzarbeiter und Arbeitslosen nach SGB III in der Automobilbranche ohne die Einführung der Abwrackprämie, deren verlängerte Inanspruchnahme inzwischen abflacht, noch höher ausgefallen wäre.

Obwohl nahezu jede Region die Auswirkungen dieser Krise verspürt, muss im Rahmen einer vorausschauenden Politik die regionale Darstellung der Prozesse von Interesse sein. Dies kann kurzfristig für eine mögliche regionale Schwerpunktsetzung bei der Umsetzung der Konjunkturpakete I und II durch die Länder hilfreich sein. Aber auch die aus der aktuellen Krise möglicherweise entstehenden längerfristigen regionalen Strukturanpassungsprobleme und die Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte müssen im Sinne einer

Frühwarnfunktion im Blick behalten werden. Bestehende raumwirksame Instrumente der Politik könnten in naher Zukunft einer inhaltlichen sowie regionalen Neujustierung bedürfen.

Bisher liegen hinsichtlich der regionalen Betroffenheit durch die internationale Finanzkrise nur wenige Informationen vor. Mangels tragfähiger regionaler Konjunkturtheorien und der begrenzten Verfügbarkeit aktueller Daten erfolgt die Betroffenheitsanalyse auf der Basis begründeter Plausibilitätsüberlegungen. Zwei Fragen stehen hierbei im Mittelpunkt:

Welche Regionen waren in der Vergangenheit von Konjunkturkrisen durch Beschäftigungsabbau immer überdurchschnittlich betroffen?

Welche Regionen leiden in besonderer Weise unter der aktuellen Wirtschaftskrise?

Im Zentrum der Analyse steht die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze. Die Analyseeinheiten sind die Arbeitsmarktregionen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, die anhand der Pendlerbeziehungen abgegrenzt sind und funktionsräumliche Verflechtungen dokumentieren. Damit können eventuelle strukturelle Verwerfungen in einer kreisfreien Stadt auch für das Umland abgebildet werden. Aufgrund der Gebietsreformen in Sachsen und Sachsen-Anhalt werden dort die Kreise als regionale Einheit gewählt, da sie einen vergleichsweise großräumigen Zuschnitt aufweisen und insofern mit den Arbeitsmarktregionen vergleichbar sind.

Analyse der regionalen Betroffenheit

Erhöhte Konjunkturanfälligkeit

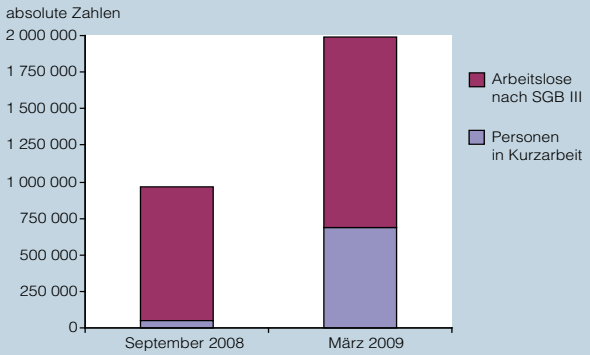
Im ersten Schritt wird zunächst untersucht, welche Regionen in der Vergangenheit besonders konjunkturanfällig waren. Da die konjunkturellen Effekte in den neuen Ländern auch 20 Jahre nach der Deutschen Einheit immer noch stark von strukturellen Anpassungsprozessen überlagert werden, erfolgt die Analyse getrennt nach West- und Ostdeutschland.

In Westdeutschland sind die Konjunkturabschwünge in den Perioden 1980–1983,1992–1998 und 2001–2005 deutlich erkennbar. Als besonders konjunkturanfällig gelten diejenigen Regionen, die sich in allen drei Konjunkturabschwungphasen im Vergleich zum gesamträumlichen Durchschnitt schlechter entwickelt haben. Als Abschneidegrenze dient der jeweilige westdeutsche Durchschnitt zuzüglich einer halben Standardabweichung. Von konjunkturellen Abschwungphasen waren danach in der Vergangenheit folgende 19 Regionen besonders betroffen: Villingen-Schwenningen, Hof, Kulmbach, Eschwege, Salzgitter, Goslar, Helmstedt, Osterode, Hameln, Wilhelmshaven, Bremerhaven, Krefeld, Wuppertal, Pirmasens, Remscheid, Bochum, Hagen, Siegen und Schwelm.

In Ostdeutschland verlief die Beschäftigungsentwicklung zwischen 1992 und 2005 insgesamt im Saldo negativ. Mit dem Aufschwung zwischen den Jahren 2005 und 2008 gelingt den neuen Ländern jedoch der Anschluss an einen gesamtdeutschen Konjunkturzyklus, weil sie erstmals im Saldo an Beschäftigung gewinnen.

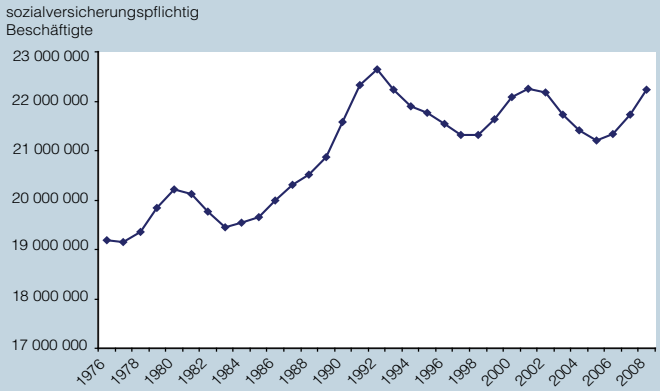
Vor diesem Hintergrund gilt eine ostdeutsche Region dann als besonders konjunkturgefährdet, wenn die Beschäftigungsveränderung 1992–2005 *und* der Zuwachs

Abbildung 1
Kurzarbeiter und Arbeitslose nach SGB III
im September 2008 und März 2009



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung

Abbildung 2
Beschäftigungsentwicklung in Westdeutschland
1980 bis 2008



Quelle: Laufende Raumbeobachtung des BBSR

im Aufschwung 2005–2008 unterdurchschnittlich waren. Als Abschneidegrenze gilt hier der jeweilige ostdeutsche Durchschnitt zuzüglich einer halben Standardabweichung. Insgesamt zehn Regionen erfüllen diese beiden Kriterien. Im Einzelnen sind dies: Cottbus, Finsterwalde, Prenzlau, Neubrandenburg, Dessau-Roßlau Stadt, Halle (Saale) Stadt, Salzlandkreis, Gera, Suhl, Sondershausen.

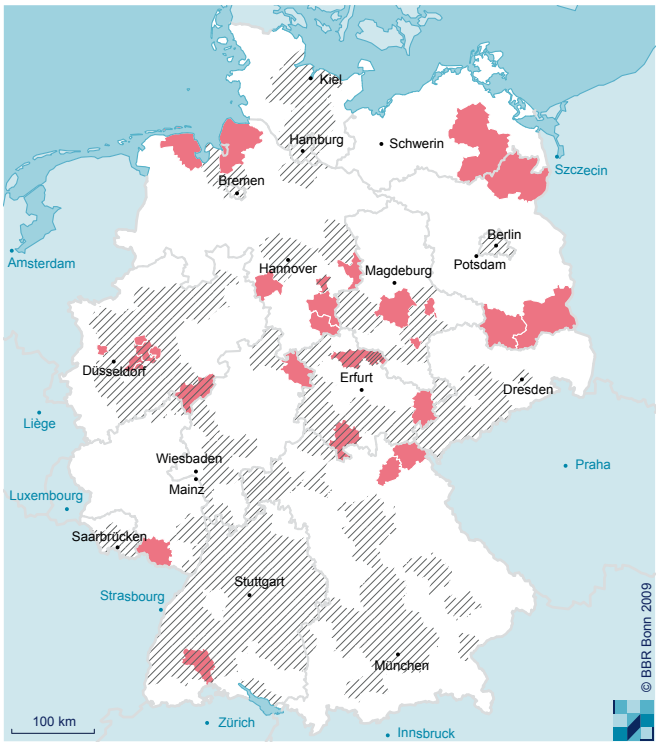
Erhöhte Branchengefährdung

Um die Betroffenheit der deutschen Regionen in der aktuellen Krise darzustellen, muss ein besonderes Augenmerk auf die Exportwirtschaft gelegt werden. Denn im Gegensatz zu anderen Rezessionen sind die Exportaktivitäten – verstärkt durch die Effekte der internationalen Finanzkrise – in allen Wirtschaftsregionen (EU, USA, Asien) sehr stark eingebrochen. In der Analyse müssen folglich diejenigen Branchen ins Blickfeld gerückt werden, die einer besonderen Exportabhängigkeit unterliegen. Dies sind der Fahrzeugbau, die Metallverarbeitung, die Chemische Industrie, der Maschinenbau und die Elektrotechnik. Neben diesen industriellen Branchen wird zusätzlich der Banken- und Versicherungssektor in die Betrachtung einbezogen, da dieser nicht nur von der Rezession, sondern auch unmittelbar von der Finanzkrise betroffen ist. Regionen, die einen hohen Beschäftigungsanteil in diesen Branchen haben, weisen in der aktuellen Krise ein erhöhtes Gefährdungspotenzial auf.

Um die Regionen mit einer solchen Branchenkonzentration zu ermitteln, werden zunächst die regionalen Beschäftigungsanteile in den genannten Branchen an den bundesweit Beschäftigten berechnet. Liegt der regionale Beschäftigungsanteil über 50 % des gesamträumlichen Durchschnitts, wird der betreffenden Region eine besondere Branchenabhängigkeit unterstellt. Da eine solche Betrachtung einen gesamtwirtschaftlichen Größeneffekt abbildet, sollte sie durch eine regionale Betrachtung ergänzt werden. Dadurch können auch diejenigen Regionen erfasst werden, deren regionaler Beschäftigtenanteil in einer Branche zwar im gesamträumlichen Vergleich nicht zu Buche schlägt, obwohl diese Branche die regionale Beschäftigungsstruktur aber wesentlich dominiert (z. B. Fahrzeugbau in Eisenach). Hierzu dient der Beschäftigungsanteil der jeweiligen Branche an allen Beschäftigten in der Region, wobei dieser Schritt getrennt für West- und Ostdeutschland erfolgt. Demnach gilt eine Region, in der die genannten Branchen einen Beschäftigtenanteil besitzen, der um ein Drittel über dem west- bzw. ostdeutschen Durchschnitt liegt, als besonders branchenabhängig.

Die Karte gibt einen Überblick über die so ermittelte erhöhte Konjunktur- und Branchengefährdung der deutschen Regionen. In erster Linie wird deutlich, dass die westdeutschen

Konjunktur- und branchengefährdete Regionen



Regionen mit erhöhter Branchenabhängigkeit

Der regionale Anteil der Beschäftigten in exportabhängigen Branchen an der Summe aller Beschäftigten in exportabhängigen Branchen in Deutschland liegt mehr als 50% über dem aus den Anteilen aller Regionen gebildeten Mittelwert (volkswirtschaftliche Dimension) **und/oder** der Anteil der Beschäftigten in exportabhängigen Branchen einer Region an allen Beschäftigten dieser Region liegt über 1/3 des entsprechenden Vergleichswertes für die alten bzw. neuen Länder (regionalwirtschaftliche Dimension).

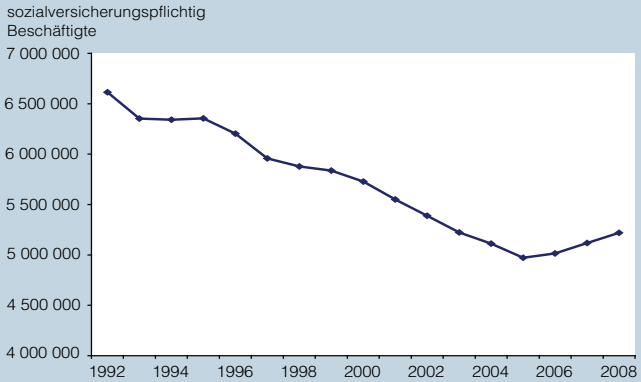
Regionen mit erhöhter Konjunkturabhängigkeit

Der Beschäftigungsabbau verlief in allen Konjunktur(abschwung)phasen unterhalb des Mittelwertes der alten bzw. neuen Länder, zuzüglich einer halben Standardabweichung.

Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR
Geometrische Grundlage: Verwaltungsgrenzen des BKG, eigene Bearbeitung; Sachsen und Sachsen-Anhalt: Kreise 2008, übrige Länder: Arbeitsmarktregionen 2006

Quelle: Laufende Raumbeobachtung des BBSR

Abbildung 3
Beschäftigungsentwicklung in Ostdeutschland 1992 bis 2008



Quelle: Laufende Raumbeobachtung des BBSR

Regionen einer erhöhten Anfälligkeit unterliegen. Im Gegensatz zu früheren Konjunkturzyklen könnten im Rahmen der aktuellen Krise erstmals auch verstärkt süddeutsche Regionen von Beschäftigungsverlusten gekennzeichnet sein. Verantwortlich hierfür sind u. a. die hohe Branchenkonzentration im Fahrzeug- und Maschinenbau.

Für die geringere Betroffenheit der ostdeutschen Regionen spricht, dass diese im Vergleich zu den westdeutschen weniger stark in die internationale Arbeitsteilung eingebunden sind. Auch ist ein weitaus größerer Teil der ostdeutschen Wirtschaftsleistung Transfer gestützt, was ihre Betroffenheit von der internationalen Finanzkrise ebenfalls tendenziell mindert.

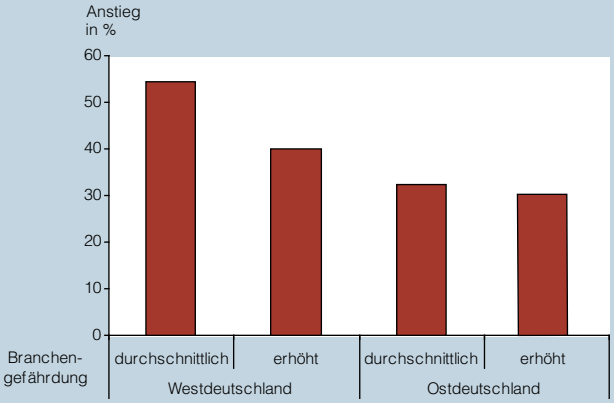
Diese Einschätzung wird durch eine aktuelle Umfrage des IWH gestützt. Danach erwartet trotz der Wirtschaftskrise beinahe jedes zweite ostdeutsche Industrieunternehmen 2009 ein Umsatzplus. Fast genauso viele Betriebe (42 %) befürchten ein Umsatzminus, fast jeder vierte davon im zweistelligen Bereich. Der Umfrage zufolge wollen 27 % der Unternehmen ihre Belegschaft in diesem Jahr aufstocken, während 21 % einen Personalabbau planen. Der Hintergrund dieser eher verhaltenen Personalabbaustrategie ist in den Konsequenzen des demografischen Wandels zu sehen. Fachkräftenachwuchs ist in Ostdeutschland schwer zu bekommen. Daher halten sich die Unternehmen mit schnellen Entlassungen zurück. Die große Mehrheit der Firmen befürchtet keine Kreditklemme. 78 % geben an, dass sich die Kreditkonditionen für sie bislang nicht verschlechtert hätten. Das liegt auch daran, dass Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken in den neuen Ländern die wichtigsten Geldgeber sind.

Demgegenüber liegt es nahe, dass vor allem die westdeutschen Regionen mit ihrer starken Einbindung in den Welthandel oder einer starken Konzentration auf Banken und Versicherungen unter der aktuellen Krise stärker leiden. Das Beispiel der deutschen Automobilwirtschaft und ihrer Ankündigungen hinsichtlich der Entwicklung neuer und „umweltfreundlicher“ Antriebsformen zeigt aber auch, dass von jeder Krise Anreize für Innovationen ausgehen und die vom Strukturwandel geforderte Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen neue Marktchancen eröffnet.

Wie tragfähig sind diese regionalen Klassifizierungen? Hinsichtlich der Arbeitslosenzahlen nach SGB III wird aus den Abbildungen 4 und 5 deutlich, dass der relative Anstieg der Arbeitslosenzahlen in den Regionen mit einer durchschnittlichen Branchen- oder Konjunkturgefährdung tendenziell stärker war als in den Regionen mit einer erhöhten Gefährdung. Bei der Interpretation dieser Abbildungen muss jedoch berücksichtigt werden, dass immer noch Unklarheit hinsichtlich Tiefe und Dauer der Rezession besteht, und viele Unternehmen einbrechende Auftragseingänge bisher über den Abbau von Überstunden oder über Kurzarbeit ausgleichen.

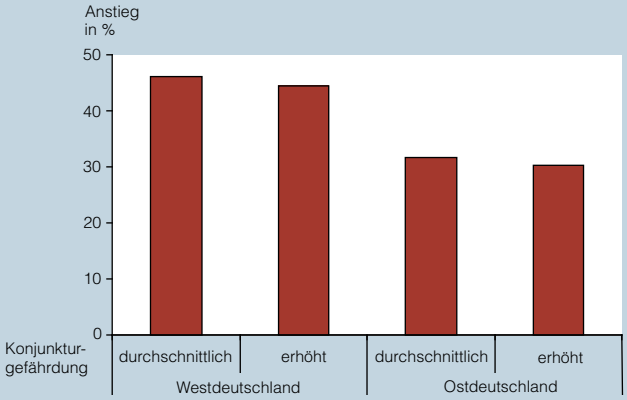
Die Entwicklung der Kurzarbeit gilt daher derzeit als besserer Indikator, um eine regional differenzierte Betroffenheit von der aktuellen Krise aufzuzeigen. Zwar weisen die Regionen mit einer erhöhten Konjunkturabhängigkeit – wie aus Abbildung 7 zu entnehmen – bisher nur eine durchschnittliche Betroffenheit von Kurzarbeit auf. Gleichzeitig ist aus Abbildung 6 sowohl für West- als auch für Ostdeutschland ein überdurchschnittlich hoher Anstieg der Anzeigen zur Kurzarbeit für die Regionen mit einer erhöhten Branchenabhängigkeit erkennbar. Sofern die konjunkturelle Erholung

Abbildung 4
Relative Veränderung der Arbeitslosen (SGB III) in %
nach branchengefährdeten Regionen 09/2008–03/2009



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Abbildung 5
Relative Veränderung der Arbeitslosen (SGB III) in %
nach konjunkturgefährdeten Regionen 09/2008–03/2009



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

auf sich warten lässt, steht zu befürchten, dass es nicht nur zu einem weiteren Anstieg der Kurzarbeit kommt, sondern sich diese in näherer Zukunft in verstärkter Arbeitslosigkeit niederschlägt. Hiervon dürften insbesondere konjunkturabhängige Regionen mit strukturellen Problemen und einer unzureichenden Anpassungsfähigkeit der Unternehmen betroffen sein. Ebenso ist erkennbar, dass in den ostdeutschen Regionen entsprechend der eingangs formulierten Thesen die Unterschiede bei der Entwicklung der Kurzarbeit differenziert nach branchen- und konjunkturabhängigen Regionen sowie im Vergleich zu Westdeutschland weniger stark ausgeprägt sind.

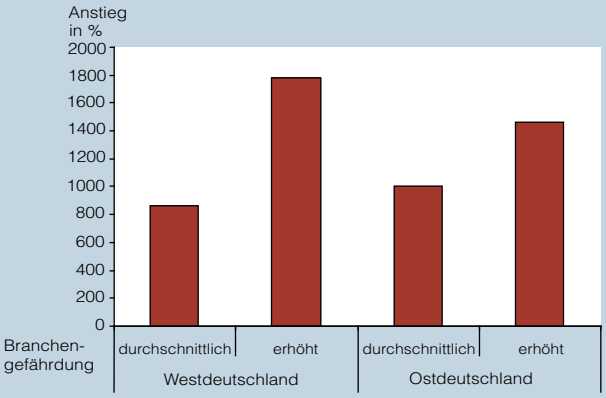
Wirkungen auf die Stadtentwicklung und kommunalen Finanzen

Abgesehen von der regionalen Betroffenheit dürfen die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Städte und ihre Entwicklung nicht übersehen werden, wobei zwei Aspekte besonders relevant sind: Die Auswirkungen der sog. „Kreditklemme“ auf die Finanzierung von städtebaulichen Großprojekten und die Auswirkungen der Rezession auf die Kommunalfinanzen.

Derzeit werden die unmittelbaren Folgen der internationalen Finanzkrise in Form der sog. *„Kreditklemme“* auf öffentliche und private Investitionen in Deutschland durch die Förderinstitute wie z. B. die KfW-Bankengruppe abgemildert. Allerdings legen diese Institute ihren Fokus hauptsächlich auf die Kreditvergabe für den gewerblichen Mittelstand, so dass negative Auswirkungen auf die Finanzierbarkeit von Großprojekten im Kontext der Stadtentwicklung und Immobilienwirtschaft nicht auszuschließen sind. Diese Vorhaben werden nämlich in einem stärkeren Maße über private Banken finanziert. Solange ein städtebauliches Großprojekt bis zum Ende durch Kreditverträge abgesichert ist, dürften keine Probleme entstehen. Anderenfalls könnten Kreditprobleme jedoch die Realisierung des Projekts unmöglich machen oder das erhöhte Risiko wird durch Zinsaufschläge seitens der Banken abgefangen. Für diesen Fall hängt es von der betriebswirtschaftlichen Kalkulation des Investors ab, ob die gesetzten Renditeerwartungen noch erfüllt werden können. Wenn die erhöhten Kapitalkosten den Break-even-Point überschreiten, wird der Investor von seinem Vorhaben Abstand nehmen. Hierunter könnte insbesondere der Stadtumbau leiden.

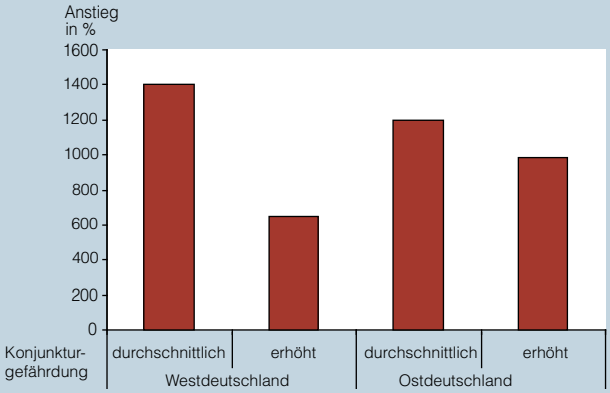
Die Auswirkungen der Rezession auf die Kommunalfinanzen dürften sich mit einer Zeitverzögerung von zwei Jahren zeigen. 2009 und 2010 dürfte das Investitionspaket der Bundesregierung die Folgen sinkender Einnahmen abmildern. Zwar werden bisher die Folgen z. B. durch die Konjunkturpakete I und II abgemildert. Auch die Steuerschätzer erwarten für 2009 nach einer Meldung des Handelsblatts vom 24. März 2009, dass die Kommunen „halbwegs glimpflich durch die schwere Rezession“ kommen werden. Doch gilt das für alle Kommunen? Und was kommt danach? Die Auswirkungen der Krise auf die Kommunalfinanzen dürften sich regional differenziert und zeitverzögert einstellen. Spätestens ab 2011 könnten die kommunalen Haushalte zusätzlich zu den Nachwirkungen der Krise auf die eigene Steuerbasis noch in den Sog der Konsolidierungsbemühungen von Bund und Ländern geraten. Bund und Länder werden ihre Haushalte verstärkten Sanierungsbemühungen unterziehen, was die kommunalen Haushalte gleich zweifach betrifft: Erstens wird die Steuerverbundquote im kommunalen Finanzausgleich durch geringere gesamtwirtschaftliche Steuereinnahmen kleiner, was zur Folge hat, dass auch die Zuweisungen im kommunalen Finanzausgleich sinken können. Zweitens

Abbildung 6
Relative Veränderung der Zahl bzw. Anzeigen zur Kurzarbeit in % nach branchengefährdeten Regionen 09/2008–03/2009



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Abbildung 7
Relative Veränderung der Zahl bzw. Anzeigen zur Kurzarbeit in % nach konjunkturgefährdeten Regionen 09/2008–03/2009



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

dürften mit den verstärkten Konsolidierungsbemühungen geringere Zuweisungen für Sachinvestitionen seitens der Länder einhergehen. In der Gesamtschau dürfte die Unterfinanzierung der kommunalen Haushalte nach 2011 steigen und zu erhöhten Sparanstrengungen führen. Hiervon dürften vor allem die Bauinvestitionen negativ betroffen sein.

Dies steht allerdings im Widerspruch zu den kommunalen Investitionsbedarfen für die Jahre 2006 bis 2020. Für diesen Zeitraum schätzt das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) einen kommunalen Investitionsbedarf von 704 Mrd. € in Preisen von 2000. „Das entspricht einem Investitionsbedarf von knapp 47 Mrd. € pro Jahr. Berechnet pro Einwohner fallen in den alten Bundesländern 8309 € für den gesamten Zeitraum an, in den neuen Bundesländern und Berlin sind es 9439 €. Die größte Bedarfskategorie ist der Ersatzbedarf mit 59 %." Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise dürften diese Investitionszahlen schwer zu realisieren sein.

Somit dürfte sich der Bund jenseits der Konjunkturpakete auch zukünftig finanziellen Forderungen seitens der Länder und Kommunen ausgesetzt sehen:

Hinsichtlich der kommunalen Infrastrukturfinanzierung in den neuen Ländern hat sich die Bundesregierung mit dem Solidarpakt II zur Mitfinanzierung verpflichtet. So erhalten die ostdeutschen Länder vom Bund im Zeitraum 2005 bis 2019 weitere Sonderleistungen, die den jetzigen Solidarpakt abschließend fortführen. Der Bund stellt hierbei insgesamt mehr als 100 Mrd. € als Bundesergänzungszuweisungen sowie – als Zielgröße – weitere 51 Mrd. € aus dem Bundeshaushalt zu Verfügung, damit die teilungsbedingten Sonderlasten der ostdeutschen Länder abschließend abgebaut werden können. Politisch könnte die Frage gestellt werden, ob diese finanzielle Gewichtung zugunsten der neuen Länder bis 2019 aufgrund der sich abzeichnenden kommunalen Finanzierungsengpässe in den westlichen Ländern gehalten werden kann und soll.

Mit der Finanzverteilung auf die 16 Länder im Rahmen des Investitionsprogramms in Höhe von 10 Mrd. € hat die Bundesregierung eine erhöhte Westförderung umgesetzt. Immerhin fließen von diesen 10 Mrd. € rund 77 % in die Westländer (ohne Berlin). Hinsichtlich der finanziellen Verteilung innerhalb der Länder können die dargestellten regionalen Sensibilitäten eine wichtige Hilfestellung in der kommunalen Zuwendungspraxis leisten.

Zudem kann eine Diskussion um die Neujustierung der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgaben und der Städtebauförderung auf die politische Tagesordnung kommen.

Hinsichtlich der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" kann die Frage aufgeworfen werden, ob eine Neuabgrenzung wirklich erst zum 01.01.2014 erfolgen soll. Ein Blick auf die regionalen Auswirkungen der aktuellen Wirtschaftskrise und auf den Zuschnitt der Förderkulisse lässt erkennen, dass räumliche Überschneidungen insbesondere in den südlichen Bundesländern kaum vorhanden sind.

Finanzverteilung nach dem Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder

	Investitionen mit Schwerpunkt Bildungs-infrastruktur	Investitions-schwerpunkt Infrastruktur	Summe
	in Mio.€		
Baden-Württemberg	804	433	1237
Bayern	927	499	1427
Berlin	308	166	474
Brandenburg	223	120	343
Bremen	57	31	88
Hamburg	149	80	230
Hessen	467	252	719
Mecklenburg-Vorpommern	154	83	237
Niedersachsen	598	322	921
Nordrhein-Westfalen	1387	747	2133
Rheinland-Pfalz	305	164	469
Saarland	84	45	129
Sachsen	388	209	597
Sachsen-Anhalt	232	125	356
Schleswig-Holstein	210	113	323
Thüringen	207	111	318
alte Länder	4989	2686	7675
neue Länder (mit Berlin)	1511	814	2325
Deutschland	6500	3500	10000
nachrichtlich:			
Anteil alte Länder in %	77	77	77
Anteil neue Länder (mit Berlin) in %	23	23	23

Quelle: Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Gesetzes zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder, eigene Berechnungen

Hinsichtlich der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur" wird sich die Frage stellen, ob nicht ein größerer Anteil der Finanzmittel für überbetriebliche Maßnahmen jenseits der Agrarwirtschaft eingesetzt werden sollen. Bezüglich der Städtebauförderung könnte sich ein erhöhter Finanzmittelansatz rechtfertigen lassen. Die Städtebauförderung ist ein grundgesetzlich verankertes Instrument, das in konjunkturellen Abschwungphasen besondere Bedeutung besitzt: Zum einen kann es antizyklisch und flexibel eingesetzt werden. Zum anderen gelten gerade städtebauliche Investitionen als besonders arbeitsintensiv mit hohen Multiplikatoreffekten und eignen sich daher im keynesianischen Sinne besonders zur Ankurbelung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Somit könnte der Städtebauförderung eine wichtige Komplementärfunktion zu den Gemeinschaftsaufgaben zukommen. Jedoch wird ein erhöhter Finanzmittelansatz bei der Städtebauförderung wiederum

die Frage der schwierigen Kofinanzierungssituation durch die Länder und Kommunen auf die Tagesordnung bringen.

Trotz eines möglichen weiteren Engagements seitens des Bundes darf dies kein Grund für die kommunale Ebene sein, nur mit Forderungen an den Bund und die Länder heranzutreten. Neben den sicherlich beschränkten haushälterischen Strategien (Ausgabenkürzung, Einnahmesteigerung, Privatisierungen bis hin zum Streichen von Leistungen) müssen die Kommunen auch eigene Anstrengungen zur Krisenbewältigung unternehmen, z. B. durch eine Verstärkung der interkommunalen Zusammenarbeit. Die zentrale Frage ist dabei, auf welchen Feldern neben den bekannten Gebieten wie regionale Wirtschaftsförderung, Abfall und Abwasser, ÖPNV noch Möglichkeiten zur Kooperation bestehen. Auch ist über eine integrierte städtische Entwicklungsplanung ein Mehr an abgestimmter Planung einzufordern, um so zu Kosteneinsparungen beizutragen. Die Diskussion um die Renaissance der Stadtentwicklungskonzepte müsste die derzeitige Bewegung in diese Richtung weiter befördern. Im Rahmen der „Nationalen Stadtentwicklungspolitik“ könnten Pilotprojekte prämiert werden, die sich aktiv mit der Lösung der kommunalen Finanzprobleme auseinandersetzen. Schließlich darf auch in den alten Ländern die Frage nach kommunalen Gebietsneuordnungen nicht tabu bleiben.

Fazit

Es wird deutlich, dass sich die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf der Ebene der Regionen und Städte bisher noch als relativ gering erweisen. Dies wird sich jedoch ändern, sobald die arbeitsmarktpolitischen Verwerfungen in vollem Ausmaße durchschlagen und die Impulswirkungen der Konjunkturpakete I und II auslaufen. Nach Schätzungen des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH 2009) umfassen diese ein konjunkturstabilisierendes Volumen von rd. 25,3 Mrd. €, mit denen ein Wachstumsbeitrag von gut einem Prozentpunkt des Bruttoinlandsprodukts generiert und rd. 400 000 Beschäftigungsverhältnisse gesichert werden. Jeweils rund ein Viertel der Produktionseffekte entfällt auf den Baubereich und unternehmensnahe Dienstleistungen, aber auch im Handel und Verkehr, Fahrzeug- und Maschinenbau sowie in der Elektrotechnik wird die Produktion gestützt. Der Konjunkturimpuls verteilt sich zu 0,4 Prozentpunkten auf das Jahr 2009 und zu 0,7 Prozentpunkten auf 2010.

Die regionale „Akzentuierung“ der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise wird sich dabei mit einer Zeitverzögerung vor allem in den identifizierten konjunktur- und branchenabhängigen Regionen bemerkbar machen. Das konkrete Gefährdungspotenzial auf städtischer Ebene ist ex ante nur schwer einschätzbar und wird, was den Aspekt der Kommunalfinanzen betrifft, erst mit einer Zeitverzögerung nachhaltig spürbar. Städte in den als branchen- oder konjunkturabhängig klassifizierten Regionen sind hierbei einem erhöhten Gefährdungspotenzial ausgesetzt. Somit ergeben sich für die Regionen und Städte neue Herausforderungen, die sich unter anderem auch in einer Veränderung großräumiger Strukturen manifestieren. So kann in regionaler Hinsicht angenommen werden, dass sich im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise das wirtschaftliche Süd-Nord-Gefälle in den alten Ländern abschwächen wird, wobei jedoch der Süden durch seine hohe Industriekompetenz gute Chancen hat, beim Anspringen der Weltkonjunktur wieder seine Stärken auszuspielen. Langfristige Gefahren bestehen allerdings für jene Automobilstandorte, denen es nicht gelingt, dem Markt sparsame und umweltfreundliche Fahrzeuge anzubieten. Weiterhin dürfte sich auch das großräumige West-Ost-Gefälle in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit abschwächen, jedoch nicht weil der Osten aufholt, sondern weil der Westen im besonderen Maße von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen sein wird. Diese Tatsache darf jedoch nicht als positive Entwicklung bewertet werden.

Noch im Laufe des Jahres 2009 steht ein Anstieg der Arbeitslosigkeit zu befürchten. Die Ausweitung der Bezugsdauer des Kurarbeitergeldes von 18 auf 24 Monate kann diese drohende Entwicklung abbremsen. Spätestens in zwei Jahren dürften auch die haushaltspolitischen Rahmenbedingungen für Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen deutlich ungünstiger werden. Daher sollten kurzfristige Maßnahmen wie die Konjunkturpakete I und II jetzt schon um Überlegungen ergänzt werden, um die mittel- und längerfristigen Auswirkungen der Krise finanz- und wirtschaftspolitisch gestalten zu können.

Literaturverzeichnis

Antoni, M./Jahn, E.J. (2006): Arbeitnehmerüberlassung – Boomende Branche mit hoher Fluktuation. IAB Kurzbericht, Nr.14.

Bach, H.-U. u.a. (2008): Internationale Finanzkrise bringt schwere Zeiten für den Arbeitsmarkt. IAB Kurzbericht, Nr. 20.

Brautzsch, H.-U./Losse, B./Ludwig, U. (2009): Investitionen der öffentlichen Hand in die Zukunft: Ja! Die Konjunktur aber retten sie nicht mehr! In: Wirtschaft im Wandel, Heft 3, S. 113–122.

Dreger, C./Kholodilin, K. (2006): Prognosen der regionalen Konjunkturentwicklung. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 34, S. 469–474.

Farhauer, O./Granato, N. (2006): Regionale Arbeitsmärkte in Westdeutschland – Standortfaktoren und Branchenmix entscheidend für Beschäftigung. IAB Kurzbericht, Nr. 4.

Haas, A./Südekum, J. (2005): Regionalanalyse – Spezialisierung und Branchenkonzentration in Deutschland. IAB Kurzbericht, Nr. 1.

Institut für Wirtschaftsforschung Halle (2009): Zukunftsinvestitionen der öffentlichen Hand und weitere investive Komponenten der Konjunkturpakte sichern Deutschland einen Wachstumspunkt des Bruttoinlandsprodukts. IWH-Pressemitteilung 13 vom 19.02.2009.

Jahn, E.J./Wolf, K.(2005): Flexibilität des Arbeitsmarktes – Entwicklung der Leiharbeit und regionale Disparitäten. IAB Kurzbericht, Nr. 14

Reidenbach, M. u.a. (2008): Der kommunale Investitionsbedarf 2006 bis 2020. Deutsches Institut für Urbanistik. Berlin

Herausgeber

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn

Bearbeitung / Ansprechpartner

Dr. Markus Eltges
markus.eltges@bbr.bund.de

Michael Zarth
michael.zarth@bbr.bund.de

Corinna Hamann

Redaktion

Friederike Vogel

Satz und Gestaltung

Marion Kickartz

Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

Bestellungen

Silvia Becker
silvia.becker@bbr.bund.de

Die BSBR-Berichte KOMPAKT erscheinen in unregelmäßiger Folge. Interessenten erhalten sie kostenlos.

ISSN 1867-0547 (Printversion)
ISBN 978-3-87994-378-4

Quartiers-Impulse: Neue Wege zur Stärkung der lokalen Wirtschaft
ExWoSt-Informationen 31/1 bis 31/6
Hrsg.: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn 2006 bis 2009

Download: www.bbr.bund.de → Veröffentlichungen → ExWoSt-Informationen

Wanderungen und Raumentwicklung – Neue Trends und Perspektiven
Informationen zur Raumentwicklung (IzR), Heft 3/4, Hrsg.: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn 2008

Zu beziehen bei:
selbstverlag@bbr.bund.de

Wo steht das Ruhrgebiet?
Informationen zur Raumentwicklung (IzR), Heft 9/10, Hrsg.: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn 2008

Zu beziehen bei:
selbstverlag@bbr.bund.de